

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

2013: Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger



Das Jahr 2013 wurde in dieser Woche zum „Europäischen Jahr der Bürger und Bürgerinnen“ ernannt. Ziel ist es, das Bewusstsein für Bürgerrechte im Zusammenhang mit der Unionsbürgerschaft zu stärken. Dazu werden im Laufe des nächsten Jahres verschiedene Veranstaltungen stattfinden. Schwerpunkt soll sein, die

Rechte von Bürgern, die im Ausland arbeiten, studieren oder ein Unternehmen gegründet haben, zu erklären. Vor 20 Jahren wurde die Unionsbürgerschaft eingeführt. Jedoch wissen heute immer noch sehr wenige Bürger darüber Bescheid, was dies für sie im Einzelnen bedeutet. Dazu gehören beispielsweise das Recht auf Freizügigkeit und der freie Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat, ferner auch das Recht, auf kommunaler und europäischer Ebene für Wahlen zu kandidieren.

„Gerade für junge Menschen bietet die Unionsbürgerschaft viele Chancen. Sie sind freier in ihrer Berufs-

und Standortwahl als es beispielsweise meine Generation noch war“, sagt der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer.

Zur Mobilität innerhalb der Union, der gegenseitigen Anerkennung von beruflichen und akademischen Qualifikationen, der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung und der sozialen Versicherung wird es mehrere Informationsveranstaltungen geben. „Dies ist ein guter Weg, um die Europäische Union an praktischen Beispielen den Bürgern näher zu bringen“, bewertet Dr. Ulmer das Vorhaben.

Gratulation: 20 Jahre EU-Binnenmarkt

Der Europäische Binnenmarkt wurde 1992 geschaffen und trat 1993 in Kraft. Mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes wurde die sogenannten vier Freiheiten verwirklicht, die schon im EWG-Vertrag von 1957 genannt sind: Freiheit des Personen-, des Waren-, des Dienstleistungs- sowie des Kapitalverkehrs. Heute betrifft der Europäische Binnenmarkt 500 Millionen Bürger und 21 Millionen Unternehmen in der Europäischen Union.

„Gerade an einem Jubiläum ist es willkommener Anlass, Bilanz zu ziehen und auf die Errungenschaften hinzuweisen, die der Europäische Binnenmarkt uns gebracht hat“, so Dr. Thomas Ulmer MdEP. Die Errungenschaften seien für viele schon selbstverständlich, sie stellten jedoch einen entscheidenden Schritt der europäischen Integration dar.

Die Abschaffung der Handelschranken und Zollkontrollen hätten sowohl den innereuropäischen als auch den Handel mit Nicht-EU-Ländern vereinfacht. Auch die Harmonisierung der nationalen Kontrollen und der freie Verkehr von Dienstleistungen hätten dazu beigetragen.

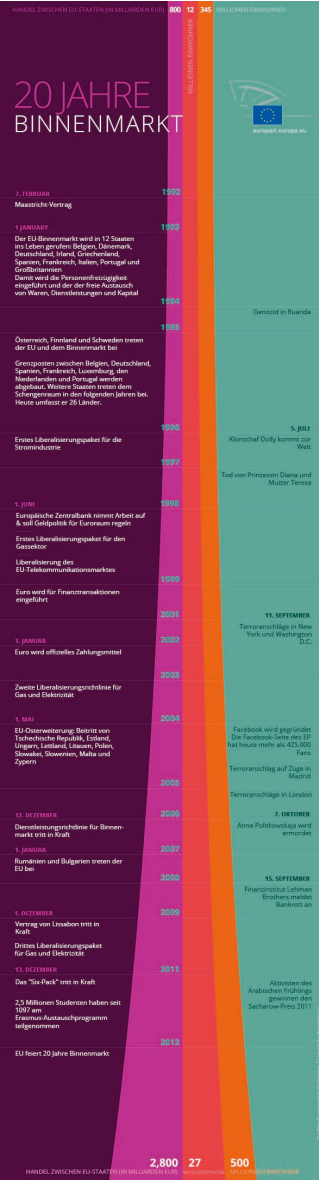
„Schauen wir uns mal die konkreten Zahlen an, dann wird deutlich, wie wir von diesem Europäischen Binnenmarkt profitieren. So ist der Wert der zwischen den EU-Ländern gehandelten Handelswaren von 800 Millionen im Jahr 1992 auf 2.800 Milliarden im Jahr 2011 gewachsen. Dies sind unglaubliche Zahlenwerte, die jedoch den Erfolg belegen“, erläutert Dr. Ulmer. Es gebe jedoch auch praktische Beispiele aus dem Alltagsleben. So sei durch den gemeinsamen Binnenmarkt nun möglich, auch heimische

Lebensmittel innerhalb der EU zu vermarkten beziehungsweise die Verbraucher hätten Zugang zu Produkten aus ganz Europa.

„Trotz der Eurokrise dürfen wir nicht vergessen, dass wir von diesem gemeinsamen Binnenmarkt profitieren. Auch garantiert er, dass die EU im Zeitalter der Globalisierung als wichtiger Handelspartner wahrgenommen wird.

Das einzelne Mitgliedsland könnte nicht auf demselben Niveau mit Staaten wie China und den USA verhandeln“, so Ulmer abschließend.

Grafik: 20 Jahre Binnenmarkt: © Europäisches Parlament / Europäische Kommission



NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Rückblick: EU erhält Friedensnobelpreis

Foto: © European Union 2012 EP



zu vereinen und Freiheit, Demokratie, Recht, Rechtsstaatlichkeit und vor allem Achtung der Menschenrechte zu verteidigen. „Besonders die deutsch-französische Aussöhnung

Die Europäische Union wird mit dem Friedensnobelpreis 2012 ausgezeichnet. Diese Entscheidung gab das Nobelkomitee in Oslo am 12. Oktober bekannt. In ihrer Begründung erklärte das Komitee, dass die EU nun 60 Jahre lang dazu beigetragen habe, Frieden und Demokratie in Europa voranzubringen.

„Eine große Ehre für alle 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger Europas, für alle Mitgliedstaaten und EU-Institutionen“, sagte Dr. Thomas Ulmer MdEP zur Verleihung des Preises.

Ulmer nahm die Nachricht über diese Auszeichnung mit großer Freude auf, seiner Meinung nach „hätte der Friedensnobelpreis zu keinem besseren Zeitpunkt kommen können, um den Menschen gerade in Krisenzeiten deutlich zu machen, welche wichtigen Werte die EU verkörpert“.

Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten und sozialer Unruhen sei es der EU gelungen, fast den ganzen Kontinent

nach dem Zweiten Weltkrieg als herausragendes Ergebnis der europäischen Integration hervorzuheben. Obwohl diese beiden Länder Generationen zuvor in drei Kriegen gegeneinander verwickelt gewesen sind, ist heute ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich undenkbar.

Heute werden freundschaftliche Beziehungen zu unseren französischen Nachbarn gepflegt“, so der Parlamentarier.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises wird am 10. Dezember in Oslo stattfinden. Dann werden die Spitzen der drei EU-Institutionen – Kommission, Parlament und Rat – den Preis entgegennehmen: José Manuel Barroso (EU-Kommissionspräsident), Herman Van Rompuy (Präsident des Rates) sowie Martin Schulz (Europaparlamentspräsident). Eine endgültige Entscheidung, wie das Preisgeld in Höhe von 930.000 Euro verwendet werden soll, steht noch aus.

zu dem Vorschlag. Die Abgeordneten fordern daher unter anderem, dass Fahrgäste aller Transportmittel schnell Informationen und Hilfe bei Betriebsstörungen erhalten müssen. Außerdem sollen einheitliche, mehrsprachige Beschwerdeformulare in allen EU-Sprachen erhältlich sein, eine Frist zur Behandlung dieser Beschwerden wurde ebenfalls eingeführt. Des Weiteren muss es einfacher werden, ein Ticket umzubuchen. Für Vielflieger dürfte vor allem interessant sein, dass ein europäischer Standard für Handgepäck eingeführt werden und dass es eine genaue Definition des Begriffs „außergewöhnliche Umstände“ geben soll.

„Außergewöhnliche Umstände“ werden oft angegeben, wenn ein Flugzeug Verspätung hat oder ein Flug komplett annulliert wird. Mit dem neuen Vorschlag wird nun deutlich, wann die Fluggesellschaft von „außergewöhnlichen Umständen“ sprechen darf. Die Kommission soll auch Internetseiten überwachen, damit es bei irreführenden Angeboten zu Sanktionen kommen kann. In diesem Zuge ist auch vorgesehen, dass die zusätzlichen Kosten für Kreditkartentransaktionen verboten werden. „Für mich ist es ein spannender Gedanke, dass es einen europäischen multimodalen Reiseplaner geben soll. Dieser erlaubt Fahrgästen, Preise sowie Tür-zu-Tür-Reisezeit mit verschiedenen Transportmitteln zu vergleichen. Auch soll man dazu nur noch ein Ticket benötigen. Mehr Mobilität innerhalb der EU fördert auch die europäische Integration“, bewertete Ulmer das Vorhaben positiv.

Europäisches Parlament demonstriert außenpolitische Stärke im Falle Magnitski

Im November 2009 starb der russische Jurist Sergej Magnitski in russischer Gefangenschaft, acht Tage bevor er entlassen oder vor ein Gericht hätte gestellt werden sollen. Eine angemessene medizinische Behandlung wurde ihm zu vor verwehrt.

Der Jurist Magnitski deckte kriminelle Machenschaften auf, die von einer Gruppe aus Mitarbeitern des Innenministeriums, aus Steuerbeamten und Kriminellen bestand. Diese hatte beste Kontakte zur russischen Staatsführung. Dabei ging es unter anderem um Erpressung und Entführungen, Diebstahl und Betrug. Magnitski wurde verhaftet, nachdem er diese Vorwürfe öffentlich machte. Dieser Fall ist kein Einzelfall in der russischen Justiz, jedoch der am besten dokumentierte. Daher haben die Abgeordneten diese Woche dem Rat empfohlen, ein gemeinsames EU-Verzeichnis von Amtsträgern anzufertigen, die am Tod

von Sergej Magnitski und der anschließenden Verschleierung mitverantwortlich sind. Es sollen ein EU-weites Einreiseverbot verhängt und die Vermögenswerte der Betroffenen und ihres engsten Familienkreises eingefroren werden.

„Diese Sanktionen sind ein notwendiges und legitimes Mittel, um gegen solche verbrecherischen Strukturen in anderen Ländern vorzugehen. So können wir Druck ausüben, damit die nötigen Anstrengungen unternommen werden, neue Untersuchungen einzuleiten“, erklärte Dr. Thomas Ulmer MdEP das Vorgehen des Europäischen Parlaments. Nach der Abstimmung im Europäischen Parlament ist es nun am Rat der Europäischen Union, mit Russland zu verhandeln und dazu aufzufordern, strikter gegen die kriminellen Machenschaften im eigenen Land und der damit verbundenen Korruption vorzugehen.

Ziel: Passagierrechte müssen gestärkt werden

Foto: © Matthias Busse



In einer Entschließung hat das Europäische Parlament mehr Rechte für Passagiere aller Verkehrsmittel gefordert. Diese wurde am Dienstag verabschiedet, im Hinblick auf den Kommissionsvorschlag zur Novellierung der Passagierrechte, der im November erwartet wird. Bisher wurden die Fahrgastrechte in sechs unterschiedlichen Richtlinien geregelt. Dies soll nun verbessert und übersichtlicher werden.

„Die Mobilität innerhalb Europas wird immer wichtiger. Das soll nicht durch unüberschaubare Regelungen auf nationaler Ebene erschwert werden“, äußerte sich Dr. Thomas Ulmer MdEP

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Traunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893991 Telefax 06261.893069 Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454 Powered by: www.busse-nahrang.com Bildnachweis: Titelbild und Portraiffoto Dr. Ulmer: © Matthias Busse; Foto: EP President receives Nobel Peace Prize Cake: © European Union 2012 EP; Foto Flugzeug: © Matthias Busse E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu